

"Vom Plan Fouchet zur Union der Europäischen Völker" in Luxemburger Wort (22. Dezember 1961)

Quelle: Luxemburger Wort. für Wahrheit und Recht. 22.12.1961, n° 356; 114e année. Luxembourg: Imprimerie Saint-Paul. "Vom Plan Fouchet zur Union der Europäischen Völker", p. 1.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/vom_plan_fouchet_zur_union_der_europaischen_volker_in_luxemburger_wort_22_dezember_1961-de-a62cf90b-8509-4ab0-8b70-5402d0a5baa2.html

Publication date: 23/10/2014

Vom Plan Fouchet zur Union der Europäischen Völker

Straßburg, 21. Dezember 1961.

Als vorgestern abend der frühere französische Ministerpräsident, René Pleven, vor der Europäischen Parlamentarischen Versammlung Bericht über die Parlamentsempfehlung zum Entwurf eines Vertrages zur Gründung einer Union der europäischen Völker erstattete, mußte man unwillkürlich an den Hochsommer 1954 zurückdenken. Ende August war die Europäische Verteidigungs-Gemeinschaft im französischen Parlament unter den Tisch gestimmt worden. Mit einem Schlag waren die Hoffungen, die Gemeinschaft für Kohle und Stahl politisch fortzusetzen, d. h. dem Europa der Sechs einen politischen Überbau zu geben, zerschlagen. Alle Vorarbeiten – und sie waren äußerst umfangreich und gründlich – schienen umsonst gewesen zu sein. Die europäischen Aussichten waren an jenem Zeitpunkt wirklich schlecht. Die besten Europäer hatten Gründe, den guten Kampf resigniert aufzugeben.

Aber schnell schon sollte wieder ein neuer überzeugender Anfang gemacht werden. Die Regierungschefs und Außenminister der fünf anderen Mitgliedstaaten der Kohle- und Stahlgemeinschaft gaben sich nicht geschlagen. Sie erfanden die „Relance“ über den wirtschaftlichen Weg. Und es blieb diesmal nicht beim Projekt. Es erfolgte mit den römischen Verträgen ein neuer europäischer Start. Er hatte den Vorzug, wenn ihm auch die supranationale Kraft fehlte, politisch weit zu zielen, indem der Vertrag von Rom nicht nur strikte Regeln für die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes aufstellte, sondern den Regierungen große politische Zielsetzungen (auf den Gebieten der Agrar-, Handels- und Wirtschaftspolitik) zur Pflicht machte.

Es sollte dann schließlich nicht allzulange dauern, bis auch wieder ein ernster Versuch in Richtung einer politischen Gemeinschaft gemacht wurde. Ist es nicht bezeichnend, daß es die französische Regierung war, welche hierbei die Initiative ergriff? Nachdem es nun einmal klarstand, daß speziell Frankreich nicht bereit sei, die außenpolitischen und militärischen Entscheidungen in die Hände einer supranationalen Institution zu legen, war es doch zu begrüßen, daß Präsident de Gaulle nach einem anderen, d. h. einem gangbaren Weg Ausschau hielt, der geeignet sein sollte, die politische Kooperation zwischen den Völkern der bestehenden europäischen Gemeinschaften pragmatisch zu verwirklichen. Anfänglich hatten die anderen Staaten einige Gründe, skeptisch zu sein. Man konnte nicht mit Sicherheit sagen, ob es in der Idee des französischen Präsidenten liege, die europäische Einheit in der Ergänzung der bestehenden Gemeinschaften zu suchen, oder ob er die politische intergouvernementale Kooperation an ihre Stelle setzen wolle. Nachdem die anderen Regierungen den Pariser Staatsmännern klar zu verstehen gegeben hatten, nur dann die politische Kooperation in dieser Form in Erwägung zu ziehen, wenn sie nicht an die bestehenden Gemeinschaften rühre und effektiv auf die spätere politische Einheit hinauslaufe, unterzog Frankreich seine ursprüngliche Konzeption einer Revision. Es war dem Gesandten Fouchet vorbehalten, einen Plan im Sinne der Franzosen zu entwerfen und in der Kommission hoher Funktionäre, die von den Regierungen eingesetzt wurde, zu analysieren und die verschiedenen Wünsche auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Wichtig war es, daß der Europäischen Parlamentarischen Versammlung Gelegenheit gegeben wurde, das Vertrags-Vorprojekt im politischen Ausschuß zu besprechen und Empfehlungen dazu über die parlamentarische Versammlung zu formulieren. Inzwischen hat das Projekt Fouchet, zu dem auch die luxemburgische Regierung wertvolle Vorschläge machte, sich etwas verbessert. Nichtsdestoweniger ist es von Wert, daß das Europaparlament sich ein erstes Mal dazu aussprechen konnte. Die wesentlichste Abänderung, die vom Parlament vorgeschlagen wird, betrifft die Ernennung eines unabhängigen Generalsekretärs der politischen Gemeinschaft, der vor dem Parlament verantwortlich wäre und sich seine Mitarbeiter frei auswählen dürfe. Damit bestände die Gemeinschaft zunächst, institutionell gesehen, aus dem Ministerrat, dem Generalsekretär und der Europäischen Parlamentarischen Versammlung. Das Parlament hat auch, im Hinblick auf die spätere Entwicklung der politischen Gemeinschaft, den Wunsch zum Ausdruck gebracht, man möge eine Vielzahl von europäischen Partnerschaften soweit wie möglich vermeiden. Das scheint, soweit wir erfahren konnten, auch der Wunsch der Regierungen zu sein. Wir hoffen, daß die politische Gemeinschaft nicht mehr allzulange auf sich warten läßt, und daß die europäischen Staaten so schnell wie möglich als festgefügte Verteidigungseinheit auftreten und auch außenpolitisch, in ihrem Interesse und im Interesse des Weltfriedens gemeinsame Standpunkte wählen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Kooperation, wenn sie im richtigen Geiste erfolgt, eines Tages zur Errichtung einer europäischen

Exekutive, d. h. zu einer echten Union der europäischen Völker führen wird.